

Wochentags mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Sonnenuntergangszeit für Danzig monatl. 20 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abholstellen und der Expedition abgezahlt 20 Pf.
Vierteljährlich 20 Pf. frei ins Haus, 10 Pf. bei Abholung. Durch alle Postanstalten 100 Pf. pro Quartal mit Briefträgerbefüllung 1 Pf. 40 Pf. Gepäckzähmungen der Nebellinie 11—12 Uhr Norm. Ritterhagergasse Nr. 4. XIX. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.
Organ für Jedermann aus dem Volke.

Offene Jugeständnisse.

Wenn der Abg. Bebel bei Berathung der Flottenvorlage der Meinung gewesen ist, daß der Socialdemokratie nichts erwünschter sein könne, als eine Auflösung des Reichstags wegen Ablehnung der Flottenvorlage, so hat schon die bekannte Rede des Abg. Schippel gezeigt, daß diese optimistische Auffassung keineswegs von sämtlichen Mitgliedern der socialdemokratischen Partei getheilt wird. Der Münchener socialdemokratischen „Post“, der bekanntlich der Abg. Auer nicht fern steht, geht nun eine Zuschrift über den Aussall der Wahl in Calbe-Aischersleben zu, die im Gegensatz zu den meisten anderen socialdemokratischen Blättern den Sieg des nationalliberalen Kandidaten in der Hauptsache der Flottenvorlage zuschreibt. Es heißt da: „Die viel besprochene Wahl in Calbe-Aischersleben ist ein Erfolg der Flottenvorlage. Es gebürt den Genossen am Dritte, der Magdeburger Volksstimme, das Verbißt, dies zuerst und ohne Scheu hervorgehoben zu haben. Denn Alarath müssen wir vor allem haben, wenn wir Erfolge haben wollen. Alles, was sonst an Gründen angeführt wurde, ist ungenügend, um das Zusammenhalten und Anschwellen der reactionären Massen — das kennzeichnendste Merkmal dieser Wahl — zu erklären. Erstens hat die Marine- und Colonialwärmerei die Freisinnigen und die Agrarier unter einen Hut gebracht, zweitens hat sie jene Lauen und Indifferenteren in Bewegung gesetzt, an denen es noch in jenem Wahlkreis einen großen Vorrath giebt und die sonst der Wahl fern bleiben. Das ist sehr wichtig: denn der Fall Schmidt, complicirt durch den Fall Müller, ist etwas Exceptionelles und Lokales, die Flottenvorlage aber ist eine allgemeine Erscheinung — folglich was in Calbe-Aischersleben passirte, könnte sich auch anderswo wiederholen. Das ist ein warnendes Zeichen. Sollen wir bis jetzt nicht etwa die Wirkungen der Flottenvorlage unterschätzt haben? Vergessen wir nicht, daß es eine Massenjugendion der öffentlichen Meinung giebt, die jetzt in England uns so klar vor die Augen tritt!“

Wenn der Einender der Zuschrift zum Schlusß sagt, daß die Socialdemokratie „mit verdoppelter Energie gegen die Volksplunderung und den Volksbetrug der Weltmachtspolitik aufstreiten“ müsse und der Hoffnung Ausdruck giebt, daß die Socialdemokratie, wenn es zwischen dem Volke klar geworden sei, „daß es nur eine Wahl giebt zwischen Mischmasch und Socialdemokratie“, „erst recht eine reiche Ernte halten“ würde, so hat der Verfasser mit diesen Schlüßen zwar recht geschickt sich gegen den Verdacht salviert, als ob er mit der Taktik der Parteiteilung nicht einverstanden sei, ohne jedoch seine Bedenken selbst irgendwie abzuschrägen.

Reichstag.

Berlin, 8. März.

Die heutige zweite Berathung des Fleischbeschaujages fand vor erträglich beschleunigtem Hause statt. Der bisherige Gang der Debatte läßt erkennen, daß für die Commissionsbeschlüsse eine sehr starke Mehrheit vorhanden ist. Die Regierung hat sich einstweilen in Säume gehüllt. Staatssekretär des Innern Graf v. Posadowsky griff trotz wiederholtem an die Adresse des Bundesrats gerichteten Appell nicht in die Discussion ein. Reichskanzler Fürst Hohenlohe ließ sich erst bei Schluss der Sitzung blicken.

Die Debatte, welche sich auf die §§ 1, ferner 2 (Hausschlachtungen) und 14 bis 14d (Fleischzehrung) erstreckte der Centrumabg. Gerstenberger zur Vertheidigung der Commissionsbeschlüsse. Den Vortheil des Geistes werden insbesondere die mittleren und kleinen Landwirthe haben.

Abg. Trese (frei. Ver.) führt aus, den Agrariern komme es hauptsächlich auf eine Preissteigerung an, sonst würden sie sich nicht für das Gesetz so ins Zeug legen. Solch ein Streit wie hier sei noch niemals gegen die Industrie, den Handel und die Schiffahrt geführt worden. § 14a. bedeute ein direktes Einfuhrverbot und die Ausbeutung der arbeitenden Klassen. Was hier beschlossen sei, laufe auf die Discredibilität der ganzen amerikanischen Ware hinaus. Amerika werde mit Repressalien gegen unsere Zucker-

Hans Eickstedt.

Roman in zwei Bänden von Anna Maul. (M. Gerhardt.)

40) Nachdruck verboten.

„O, so sein empfunden und so künstlerisch durchgeführt sind sie!“ versetzte Gertrud. „Ich fühle mich längst zu Rektor hingezogen, ich glaube, es ist etwas Verwandtes in meiner Natur. Ich studiere alles, was ich von ihm sehe, und stehe längst unter seinem Einfluß. Ich wäre so glücklich wenn er mich in sein Atelier aufnahm.“

„Warum sollte er das nicht thun? Ich denke, er gehört noch nicht zu den Verhütmäßigkeiten und hat keinen Anlaß, anspruchsvoll zu sein.“

Den Besuch der großen Menge wird er wohl nie ertragen, aber darum kümmert er sich nicht, er geht seinen eigenen Weg. Alle Künstler sprechen mit hoher Achtung von ihm.“

„Und das genügt ihm? — Achtungsersfolge! — Das sind eigentlich gar keine. Wenn es nicht gelingt, die Menge hinzureihen, erst die Gebildeten, dann auch die Herde. Denken und Fühlen seiner Zeitgenossen in seinen Bann zu zwingen, der soll die Feder fortwerfen — oder den Pinsel — der hat besser seinen Rohr zu bauen.“

„Bitte, nur nicht gleich so radical. Ein großes

ausführ antworten. Die beiden größten Gesellschaften, deren Buchwerke beim Amerikaverkehr, welcher das Rückgrat ihres Betriebes bildet, sich auf 127 Millionen beliefert, würden in ihrer Existenz gefährdet und ihre Schiffe fast gestellt. England würde sich darüber natürlich freuen. Der Landwirtschaft würden die Maisfrüchte etc. vertheuert. Will die Regierung an Handel, Industrie und Schiffahrt, welche die Säulen des Staates seien, die Art legen? Früher erlöste der Ruf: „Kein Hanf, keine Rähne!“ Jetzt heißt es: „Kein Fleischbeschaujag, keine Flotte!“ Weshalb lehrt Staatssekretär Graf Bülow? Es wäre wichtig, zu wissen, wie er darüber denkt. Für den Redner seien die Commissionsbeschlüsse vollkommen unannehmbar. Abg. Graf v. Klinckowstroem (conf.) führt die Haltung der Linken auf die Angst vor Amerika zurück. Die Commission habe nicht einseitig agrarisch, sondern politisch-patriotisch und gerecht gehandelt. Es würde ein ungeheures Unglück sein, wenn das Gesetz an dem Widerstand des Bundesrates scheitern sollte. Durch den Beschuß des Hauses im Sinne der Commission werde das Ausland erkennen, daß unsere liberale Presse bedeutungsvoll sei. Wenn der Reichstag die Gesetze mache, die für Deutschland nötig seien, so werde sich das Ausland freuen. Redner schließt mit der Hoffnung, die Agitation der letzten Tage werde auf den Bundesrat keinen Eindruck machen. Das Schicksal der Vorlage werde zeigen, was man bei den neuen Handelsverträgen zu erwarten habe.

Abg. Wurm (soc.) bekämpft lebhaft die Beschlüsse der Commission als eine schwere Schädigung der Arbeiter.

Abg. Sieg (nat.-lib.), gegen die „Danziger Zeitung“ polemisch, tritt für die Commissionsbeschlüsse ein und bestreitet, daß die Ausbeutung deutscher Volkskreise beweist werde. Seine Freunde würden für die §§ 1 und 2 stimmen. Gegen § 14 werde ein Theil seiner Freunde stimmen. Er (Redner) aber und die Mehrheit der Fraktion würden für denselben stimmen. Durch die Commissionsbeschlüsse sei der Grundhuk der Gleichbehandlung von In- und Ausland gewahrt worden.

Nachdem noch die Abg. Beck-Coburg (frei. Volksp.), Hoffmann-Baumann (südd. Volksp.) die Vorlage in der Commissionslösung bekämpft, die Abg. Holt (Reichsp.) und Diehlhaben (Antiz.) aber dieselbe empfohlen hatten, wurde die Weiterberathung auf morgen vertagt.

Die Budgetcomission des Reichstages nahm noch dem Widerspruch des Staatssekretärs Tiefenbach eine Resolution an, wonach die in Kiautschou zu verwendenden Truppen thunlichst auf Grund freiwilliger Meldung zusammenge stellt und auf eine Verstärkung der Chinesencompagnie bedacht genommen werden soll.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 8. März.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses nahmen bei der fortgesetzten Berathung des Cultusetats wiederum kirchenpolitische Streitigkeiten und Polendebatten den breitesten Raum ein. Als Abg. Dr. Barth-Aiel (frei. Vereinig.) den Fall Arons von neuem beleuchtete und hierbei bemerkte, daß stiftliche Gefühle sei verloren gegangen, daß man auch politische Gegner gerecht behandeln solle, rief Abg. Dr. Kropatschek (conf.): „Sie und Sittlichkeit“ (Zwischenrufe links: „Pöbelhaftigkeit der Kreuzzeitung“!) Vicepräsident Krause bat, die Zwischenrufe zu unterlassen. Abg. Dr. Barth fuhr fort: „Ich glaube dem Herrn einen Liebesdienst zu erweisen, wenn ich ihm die Antwort, die er verdient, schenke.“

Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

Berlin, 9. März.

Bei der heute fortgesetzten Berathung des Cultusetats brachte Abg. Birchow (frei. Volksp.) den Fall Weingart zur Sprache. Cultusminister Stütz erwiderte: Es sei nicht richtig, die Sache vor das Forum des Abgeordnetenhauses zu bringen. Es handele sich um eine innere Angelegenheit der hannoverschen Landeskirche. Glaubensfälle könnten nicht im Abgeordnetenhaus zum Gegenstand der Erörterung gemacht werden. Die Verquickung von Religion und Politik, wie sie Birchow dokumentire, habe ihn unchristlich gemacht. Die Sache sei an die große Glocke gehängt worden, und es hätten den Strang zur Glocke solche Leute gezogen, die mit der Religion wenig zu thun haben.

hochgebildetes Volk hat — wie soll ich sagen, geistige Alltagsbedürfnisse, für die die wenigen Meisterwerke der Fürsten und Führer im Reich der Geister nicht genügen. — Daraus setze ich als kleines Licht mein Vertrauen, denn das Rohbau — ist so Geschmacksache. Morgen will ich mich den Dorfstandards der Künstlervereins vorstellen und zu Gnaden empfehlen. Sie sollen mich in ihre hochachtbare Körperschaft aufnehmen — falls sie mich dieser Ehre würdig finden. Dann preise ich mich in einigen Zeitungen als Lehrerin an. Wollen Sie mir ein Interat aussuchen, Hans?“

So plauderte Gertrud, während Hans seinen Thee schlürfte, und sang dann an, ihm vorsichtige Fragen zu thun. Er antwortete einsilbig, ließ aber allmählich alles aus sich herausholen, was mit dem überraschenden Schritt seiner Mutter zusammenhang. Sie suchte zu erklären, zu rechtfertigen, aber er zuckte bei jedem versöhnlichen Wort in neuer Bitterkeit auf.

„Ihre Mutter hat jedenfalls eine würdige Wahl getroffen. Ihr Onkel hat etwas Imponierendes, er ist ein ganzer Mann. Und ich sehe durchaus nicht ein, warum Sie sich ihr entscheiden mühten. Wenn auch die frühere Ausführlichkeit der Zusammengehörigkeit aufhört —“

„Damit hört für mich alles auf“, erklärte Hans.

Politische Uebersicht.

Danzig, 9. März.

Agitation für Erhöhung der Tabaksteuer. Wie es scheint, hat die von verschiedenen Seiten in der Discussion über die Deckung der Kosten der Flottenvorlage angeregte Erhöhung der Tabaksteuer den Mut der schwarzjüdischen Tabakinteressenten neu belebt, indem sie hoffen, bei der angeregten Mehrbelastung des Tabaks auch die Anwesenheit des greisen Präsidenten Krüger im Lager der Verbündeten dürfe nicht hinreichen, den englischen Vormarsch aufzuhalten. Wenn sich die Boeren schon nahe bei Bloemfontein in einen Kampf einleben, bei dem sie den härteren zogen, so haben sie damit wohl nur den Zweck verfolgt, die Engländer aufzuhalten und den anderen Boeren Zeit zu verschaffen, sich zu konzentrieren. Indessen sind genaue Angaben über die

Pläne der Boeren

naturgemäß jetzt noch nicht zu erlangen. Es ist daher auch fraglich, ob der nachstehenden, heute eingetroffenen Meldung Zuverlässigkeit beigemessen werden kann. Sie lautet:

London, 9. März. Der Correspondent des „Daily Telegraph“ meldet aus Kapstadt vom 8. März: Ich höre, die Boeren werden wahrscheinlich in den nächsten Tagen keinen ernstlichen Widerstand gegen den englischen Vormarsch, von kleinen Versuchen abgesehen, auf der Transvaaler Seite des Vaalflusses leisten. Der Feind sandte ungeheure Dorratsmengen nach Spelonkens. Es scheint, daß er sich dort, falls er bei Pretoria geslagen wird, zum letzten Widerstand festsetzen werde, die Vertheidigung der Forts angeworbenen ausländischen Truppen überlassen und die unvermeidliche Capitulation in der Hoffnung auf fremde Intervention hinziehen wird.

Krüger in Bloemfontein.

Bloemfontein, 8. März. Präsident Krüger traf hier ein und wurde vom Präsidenten Steyn am Bahnhof empfangen. Krüger richtete eine Ansprache an die Menge, in welcher er ausführte, wenn das Volk im Glauben fest bleibe in der Zeit der Not, dann werde Gott den Lauf bald wieder zu seinen Gunsten wenden. Später besuchte Krüger die Commandos im Süden von Bloemfontein.

Aus Poplars Grove vom 8. März meldet Reuters Bureau: Beim Nachtrab der Zurückziehenden war gestern auch Präsident Krüger. Er verlor vergebens, die Fliehenden zum Anhalten zu bewegen. Auch die Bloemfonteiner Polizeitruppen suchten dem Rückzuge der Freistaatstruppen Einhalt zu thun.

Eine Meldung von Roberts.

Ein Telegramm vom Feldmarschall Lord Roberts aus Poplar Grove von gestern Nachmittag besagt: Zwei Cavalier-Brigaden und eine Division Infanterie mit berittener Artillerie sind heute zehn Meilen in östlicher Richtung vorgangen. Die Wiederherstellung der Eisenbahnlinie in der Richtung nach Stermburg und Steynsburg schreitet fort. General Clements hält bei Norvalspont die von den Boeren am 6. März gesprengte Brücke bereit. Der Feind steht am Nordufer des Flusses, jedoch nicht in großer Stärke. General Gatacre hat Burgersdorf besetzt.

Kriegsbulletins der Boeren.

Wie dem Reuter'schen Bureau über Lorenzo Marques aus Pretoria vom 5. d. Ms. gemeldet wird, besagt ein amtliches Kriegsbulletin von dem genannten Tage Folgendes: In den letzten Tagen sind nur wenige Nachrichten von den Commandos eingegangen und es ist schwierig, richtige Informationen zu geben. Die Regierung nimmt die Übergabe Cronies als eine Thatsache hin, ist aber so schmerlich die Übergabe auch sein mag, überzeugt, daß sie der Bürger bei dem Vertheidigungskampf für ihre Unabhängigkeit nicht entmuthigen wird. Bis jetzt haben die Republiken durch ihren Kampf gezeigt, daß sie sich als ein unabhängiges Volk betrachten, und ein Unglück kann sie in dem Kampfe für ihre heiligen Rechte nicht entmuthigen. Das Eindringen einer starken feindlichen Streitmacht in das Gebiet des Freistaates und andere Umstände haben es nötig gemacht, andere Stellungen, besonders in Natal, einzunehmen. Wir haben uns auf Biggarsberg zurückgezogen und alle Commandos, mit Ausnahme einiger wenigen, die sich in der Richtung auf den Dan Reenens-Paß zurückgezogen haben, sind dort eingetroffen. Ladysmith und Kimberley werden nicht länger belagert. Beim Rückzuge haben wir einige Gefechte mit dem Feinde gehabt, der wiederholt zurückgetrieben wurde, so daß es ihm nicht gelang, unsere Lager abzuschneiden; nur wenige Männer wurden in diesen Gefechten ge-

in Brüten. Allein das Ausprechen hatte ihm doch wohlgethan, und als es Gertrud später gelungen war, ihn zu Mitteilungen über seine Arbeiten und Zukunftspläne zu bewegen, ratlos sagten sie noch lange mit einander. Nachdem er schon gute Nacht gesagt, blieb er, Gertruds Hand festhaltend, zögernd stehen.

„Gertrud, lachen Sie nicht. Sie müssen mir heute eine Bitte erfüllen. Erstens müssen Sie mich Du nennen, und mir das Gleiche Ihnen gegenüber erlauben.“

„Erstens — das deutet aber auf ein zweitens: also ist mit der einen Bitte nicht genug?“

„Nein. Die zweite ist noch viel unverhüllter. Du sollst mit einem Auf geben — nur einen —“

Es durchdrangte Gertrud, als sie seine Lippen auf den ihren fühlte. „Meine Schutzheilige, mein guter Engel, mein liebes, liebes Schwestern“, murmelte er bewegt.

Am folgenden Morgen erhielt Gertrud eine Karte von Hans.

„Wenn Sie die Zeilen lesen, bin ich unterwegs nach Oberbekken. Die Einladung kam heute früh. Omños freilich, von Tielhens im Namen des Onkels verfaßt, aber wos kümmert's mich! Denk an mich, Gertrud! Bete für mich! Sicht fallen die Mürsel um Glück und Leben!“

(Fortsetzung folgt.)

schiedet oder verwundet, während der Feind augenscheinlich schwere Verluste hatte. Trotz aller anders lautenden Meldungen sehen die Bürger dem Ausgang des Krieges mit Vertrauen entgegen und sind voll Muthe. Oberhalb von Colesberg sind andere Stellungen von uns eingenommen worden, die in Anbetracht der gegenwärtigen Umstände besser für uns gelegen sind. General Dewet führt jetzt den Oberbefehl über alle Kommandos am Modderrige.

Pretoria, 8. März. Amlich wird heute berichtet, daß am lebten Sonntag ein heftiges Gefecht bei Dordrecht stattgefunden hat. Die Engländer wurden mit großen Verlusten zurückgeschlagen. Drei Kanonen wurden von den Verbündeten gewonnen; auf Seiten der Boeren wurden drei Mann getötet und fünf verwundet.

In allen Kreisen wird hier große Besiedigung ausgeprochen über die Höchlichkeit, mit der Cronje sowohl nach der Übergabe wie bei der Ankunft in Capstadt von den Engländern behandelt wurde. Bei Mafeking wird gesucht. Alle Aufenthalts bis auf eins sind von den Boeren genommen.

Kriegsrath in Glencoe.

Dem Reuter'schen Bureau wird aus Biggarsberg vom 5. d. Ms. gemeldet: Heute früh wurde in Glencoe ein allgemeiner Kriegsrath abgehalten. Louis Botha wurde in diesem Kriegsrath zum Generalleutnant für Natal und Lukas Meyer, Schalk Burger, David Joubert, Daniel Erasmus, J. Forrie wurden zu seinen Unterführern ernannt. Dieser Beschluß hat unter den Bürgern lebhafte Besiedigung hervorgerufen.

Im englischen Unterhause erklärte gestern der Finanzsecretär des Kriegsministeriums Powell Williams, die Frage der Unterbringung der gefangenen Boeren werde von der Regierung erwogen. Die zur 8. Division gehörende Artillerie werde zur Zeit in Aldershot mobilisiert, die Batterien würden jedoch nach den gegenwärtigen Bedingungen nicht nach Südafrika gehen, da die militärischen Behörden in der Heimat sowohl wie diejenigen in Südafrika übereinstimmend der Ansicht sind, daß die Batterien dort nicht nötig sind. Wie der erste Lord des Schatzes Balfour mitteilte, werde in Folge der Anregung, daß in Anbetracht der von den irischen Soldaten im Kriege bewiesenen Haltung ein Regiment die Bezeichnung "Royal Irish Guards" führen solle, im Kriegsamt über einen der Königin zu unterbreitenden hierauf bezüglichen Vorschlag berathen. Er zweife nicht, daß der Vorschlag wohlwollende Erwagung finden werde.

Ein Zwischenfall in Bordeaux.

Bordeaux, 8. März. Eine Anzahl junger Bürgen machte gestern Abend den Versuch, vor dem englischen Consulat eine Kundgebung zu veranstalten, wurden aber von der Polizei ausgetrieben. Als sie sich vor der Wohnung des englischen Consuls von neuem versammelten, griff die Polizei abermals ein und verhaftete vier Färmacher. Die Bevölkerung verurtheilt einstimmig die Kundgebungen. Der Präfekt und Maire drückten dem englischen Consul ihr Bedauern über das Vorfallene aus.

Paris, 9. März. Wie verlautet, richtete der Minister des Auswärtigen Delclosse gestern an den englischen Botschafter Monson einen Privatbrief, in welchem er sein tiefs Bedauern über den Zwischenfall vor dem englischen Consulat in Bordeaux ausdrückt und verspricht, die Behörde würde die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Schuldigen zu treffen und eine Wiederholung ähnlicher Vorfälle zu verhindern. Monson antwortete, er danke Delclosse aufrechtig für seinen Brief und die darin enthaltenen Versicherungen.

London, 8. März. Dem Reuter'schen Bureau ging eine Depesche aus Mafeking vom 19. Februar dahin lautend zu: Unter den Kindern im Frauenlager wüteten Typhus und Malaria, unter der Besetzung herrschte Dysenterie und Typhuskrankheiten wegen Mangels an guter Nahrung, momentan an Pflanzenstoffen. Die Spitäler sind überfüllt. Der Kindersterblich beim Frauenlager wird von Woche zu Woche größer.

London, 9. März. Aus Lorient Marquez wird die Ankunft des deutschen Postdampfers "Kaiser" mit 130 Passagieren nach Transvaal an Bord gemeldet. Unter ihnen befinden sich vier ehemalige deutsche Offiziere v. Spiegel, v. Schierholt, Ruhne und Dachler. Der englische Consul ließ ihr Gesäß, das bereits unbekanntest das Dammli posst hatte, auf der Eisenbahn anhalten und untersuchen. Es fanden sich darin angeblich zwei Flinten, eine Büchse, ein Revolver und eine große Menge Augelpatronen. Die Waffen und Munition wurden von den Beamten konfisziert.

Aleines Feuilleton.

Theaterbrand in Paris.

Paris, 8. März. Im "Théâtre français" brach heute Mittag Feuer aus. Das Innere des Theaters ist fast vollständig ausgebrannt. Es gelang, einen Theil der Kunstgegenstände aus den Künstlerfoyers zu retten. Mehrere Schauspielerinnen, welche sich für die Nachmittagsvorstellung bereits kostümirt hatten, wurden von Feuerwehrleuten mittels Leitern in Sicherheit gebracht. Man hofft den Brand zu lokalisieren. Gegen 1½ Uhr wurde von Feuerwehrleuten der verhaktete Leichnam einer Schauspielerin gefunden. Man befürchtet, daß noch mehr Personen in den Flammen umgekommen sind.

2.25 Nachm. Soeben sind die Plafonds der Bühne und des Foyers eingefügt. Ein neben dem Theater wohnender Mann hatte den Pförtner des Theaters vor drei Tagen darauf aufmerksam gemacht, er spürte einen Rauchgeruch. Das Feuer brach um 12 Uhr 5 Minuten im Hintergrunde der Bühne aus, als die Schauspielerinnen Dublay und Henriot für die heutige Matinée probten. Die elektrische Leitung der Bühne schmolz, das Feuer ergriff die Dekorationen und verbreitete sich rasend schnell. Das Personal rettete mit Mühe einige Gegenstände, dieselben aus den Fenstern werfend. Um 1½ Uhr wurde dem Umschlagreisen des Feuers Einhalt gehalten. Das Theater war jedoch völlig zerstört.

Weiter wird gemeldet: Sobald Feuerlarm geschlagen war, eilte allerlei Hilfe herbei. Um das Gebäude sammelte sich eine äußerst zahlreiche Menschenmenge an. Gegen 1 Uhr

Deutsches Reich.

Berlin, 9. März. Der Kaiser begab sich gestern Vormittag nach Charlottenburg, um im Diajoseum einen Kranz auf dem Sarkophag Kaiser Wilhelms I. niederzulegen. Nachmittags besichtigte er in der königl. Porzellan-Manufaktur die für die Pariser Weltausstellung bestimmten Gegenstände der Manufactur, sowie die für denselben Zweck bestimmten Gegenstände der Bernsteinproduktion und -Industrie. Abends 10 Uhr reiste der Kaiser nach Wilhelmshaven.

Der Kaiser gedenkt am 15. März dem Stapellauf eines auf der Germaniawerft in Kiel erbauten russischen Panzerkreuzers beiwohnen. Den Laufact wird der russische Botschafter Graf Osten-Sacken vollziehen.

Berlin, 9. März. Die Feiertage der Berliner Kaufmannschaft veranstalteten am 18. d. Ms. im hiesigen Börsegebäude eine Versammlung von Kaufleuten, Gewerbetreibenden und Vertretern sämlicher deutscher Handelsvorstände bezüglich Sitzungnahme zu dem beantragten Verbot der Einführung ausländischen Fleisches.

* [Wider die lex Heinze.] Auch die königliche Akademie der Künste hat, wie jetzt bekannt wird, zur lex Heinze Stellung genommen. Schon vor Wochen ist vom Senat der Akademie, der eine technische Kunstbehörde und des Ministers künstlerischer Beirath ist, eine Eingabe an den vorsitzenden Minister Dr. Gudt gerichtet worden. Dem Dernhemn nach wünschte der Senat bestimmte Sicherungen im Interesse der Kunst. So sollen vor allem sämtliche Kunstausstellungen, die öffentlichen sowohl wie die privaten, von jeglichen Beleidigungen verschont bleiben. Ferner verlangt der Senat die Einschaltung eines künstlerischen Beiraths für die Polizeibehörden, der gleichzeitig auch den Staatsanwälten und Gerichten gutachthal zur Seite stehen soll; endlich werden für die Schauspieler bestimmte Normen gewünscht.

* [Auf dem Adelstage] Hierzu wurde mit Einstimmigkeit folgender Beschluß gefaßt: "Die deutsche Adelsgenossenschaft verurtheilt auf das entschiedene die in den letzten Spielerprozessen bei einer Anzahl junger Schauspieler zu Tage getretenen unwürdigen und sivulen Lebensanschauungen. Derartige Anschauungen sind mit den Pflichten eines Edelmannes unvereinbar und werden von der deutschen Adelsgenossenschaft mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft werden. Die Genossenschaft erwartet von ihren Mitgliedern in diesem Kampfe thatkraftige Unterstützung."

Posen, 8. März. In der hiesigen höheren katholischen Töchterschule des Fräulein Danisz wird auf Verschluß der königlichen Regierung mit Schluß dieses Schuljahres die Klasse Ia, die sog. Selecta, ausgehoben. Außerdem hat die Schulbehörde die sämlichen hier bestehenden katholischen höheren Töchterschulen, welche von Polinnen geleitet werden — es unterrichten an den Anstalten auch eine Anzahl deutscher Lehrer und Lehrerinnen — zu Volkschulen degradirt. Es wird nämlich von Ostern ab an all diesen Anstalten der Lehrplan für elementare Volkschulen eingeführt werden.

* [Mogdeburg, 7. März.] Gestern bildete sich hier ein Auszirk zu Errichtung eines Denkmals für Kaiser Friedrich. Zum Ehrendenkmal wurde der Oberpräsident Staatsminister Dr. von Bötticher gewählt.

Breslau, 9. März. Die Breslauer Handelskammer beschloß, gegen die Waarenhaussteuer eine Eingabe an das Abgeordnetenhaus zu richten.

Nürnberg, 9. März. Im zweiten Stock des alten Rathauses wurden 12 Kaiserbilder, und zwar diejenigen von Karl I. bis Leopold II. durch Schnitte erheblich beschädigt. Die That wurde gestern Nachmittag entdeckt. Die Thäter sind bisher unbekannt. Die betreffenden Räume werden wenig benutzt.

Chemnitz, 9. März. Die hiesigen Textilindustriellen haben eine Eingabe an den Reichskanzler und den sächsischen Minister des Innern gegen das Fleischbeschauverbot in der Commissionsfassung gerichtet.

Hamburg, 9. März. Nächsten Sonntag findet eine von Hamburger Christiellern und Künstlern einberufene Protestversammlung gegen die lex Heinze statt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 7. März. Der Hauptmann Ondracek vom 59. Infanterie-Regiment in Salzburg, dessen Name vom Delegirten Tuzel in der Delegation bei der Befreiung eines Falles von Soldatenmisshandlung erwähnt wurde, hat Selbstmord verübt. Er hätte gestern die Schwurgerichtsverhandlung gegen den Redakteur des "Salzburger Tagblattes" stattfinden sollen, welchen Ondracek im Auftrage des Corpscommandos verklagt hatte. Der betreffende Redakteur hatte sich erboten, den Wahrheitsbeweis anzutreten.

brannte vereins das ganze Gebäude. Die Flammen schlugen aus den Fenstern heraus. Heute sollte eine Militärvorstellung stattfinden. Einige bereits eingetroffene Maschinisten konnten sich nur mit Schwierigkeit retten, da die Treppe plötzlich in Feuer und Rauch gehüllt war. Ein alter Mann, der sich auf den Balkon an der Rue Richelieu geflüchtet hatte, wurde auf einer Leiter in Sicherheit gebracht, die man auf einen Omnibus gestellt hatte. Der größte Theil der Kunstsgegenstände der Bibliothek, sowie ein Theil des Archivs und Museums wurde gerettet. Die Bühne im Theatern ist nur noch ein Trümmerhaufen. Die Umfassungsmauern haben nur wenig gelitten. Die unter den Trümmern gefundene Leiche ist diejenige der Schauspielerin Henriot, dieselbe ist zum Schausaue überführt und von Kollegen recognoscirt worden.

Aufer der Bühne und dem Zuschauerraum, die völlig zerstört sind, haben auch das Foyer, der dritte und vierte Stock stark gelitten. Unter den geretteten Kunstsgegenständen befindet sich die große Statue Voltares von Houdon. Die Freitreppe ist ebenfalls unbeschädigt geblieben. Die Rettungsarbeiten wurden von dem Director des Théâtre français Jules Claretie und von Gardou geleitet. Bei den Lösch- und Rettungsarbeiten wurde die Löschmannschaft von den Soldaten unterstützt. Soldaten waren auch den Polizeimannschaften behilflich, die vor dem Theater immer mehr anwachsende Menschenmenge zurückzuhalten. Auf der Brandstätte waren auch der Unterrichtsminister Leguay und der Polizeipräfekt anwesend. Der Secrétaire des Théâtre français Villain, der kurz vor dem Ausbruch des Feuers das Theater betrat, erklärte, daß

England.

London, 8. März. Die Königin kam heute 1 Uhr Nachmittags auf dem Paddingtonbahnhofe an und fuhr von dort nach dem Buckingham Palace. Längs des ganzen Weges drängte sich eine begeisterte Menschenmenge. Die Ausländer waren geschlossen, alle Fenster, selbst die Dächer, mit Zuschauern dicht besetzt; viele unter ihnen schwanger Union Jacks. Zahlreiche Wagen waren mit Flaggen geschmückt. Auf der ganzen Strecke bildeten Studenten und Schulkinder Spalier und sangen während der Vorbeifahrt der Königin die Nationalhymne.

London, 9. März. Dem Bureau Dalziel wird aus Shanghai telegraphiert: Drei Motoren wurden in einem englischen Kriegsschiff wurden in Schach von dem chinesischen Pöbel überfallen und mit Bambusstäcken arg mishandelt. Die Opfer wurden nur mit Mühe gerettet.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 9. März. Wetterausichten für Sonnabend, 10. März, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Wenig veränderter oder steigende Temperatur. Meist bedeckt mit Niederschlägen. Windig.

* [Gegen das Fleischbeschauverbot.] Wie wir hören, hat das Vorsteheramt der hiesigen Kaufmannschaft bereits am Mittwoch einen telegraphischen Protest gegen die Commissionsbeschlüsse zum Schlach- und Fleischbeschauverbot an den Reichstag gerichtet und demselben gestern eine nähere schriftliche Begründung unter Hinweis auf die Erhöhung der Volksernährung und des Handels und Verkehrs, insbesondere mit Rücksicht auf die starke Zuckerausfuhr nach Amerika, sowie die zu erwartenden schweren Nachspeise für die Landwirtschaft, namentlich wenn Amerika mit Republiken antwortet. — Die Handelskammer zu Thorn hat vorgestern ebenfalls einen Protest an den Reichstag gesandt.

* [Conferenz.] Herr Ober-Confessorialrath Röhler vom Oberkirchenrat in Berlin ist hier eingetroffen, um eine Conferenz mit den Herren Confessorialpräsident Meyer und Generalsuperintendent Döbbelin beim hiesigen Confessorium abzuhalten, und hat im "Danziger Hof" Wohnung genommen.

* [Provinzial-Synodalvorstand.] Am 14. d. Ms. findet beim hiesigen königl. Confessorium eine Sitzung des westpreußischen Provinzial-Synodalvorstandes statt.

* [Indienststellungen.] Zu Commandanten der von der hiesigen Kaiserlichen Werft neu erbauten Kanonenboote "Tiger" und "Lug", deren Indienststellung im April bzw. Mai bevorsteht, sind bereits Corvetten-Capitän v. Mittelstädt und Capitänleutnant Dähnhardt, zum Commandanten des nach seiner hier berührten Grundreparatur ebenfalls für eine Auslandsreise in Dienst zu stellenden kleinen Kreuzers "Bussard" Corvetten-Capitän v. Bassewitz ernannt.

* [Ausnahmetarife für benachbarte Mühlen.] Wie wir im Anschluß an unsere gestrige Wiedergabe der Erklärung des Regierungs-Commissars im Abgeordnetenhaus heute mittheilen können, werden im Interesse der Mühlen in der Umgegend von Danzig mit Billigkeit vom 10. d. Ms. im Gruppentarif I (Directionsbezirk Bromberg, Danzig, Königsberg) für die Beförderung von Weizen und Roggen von Stationen an und innerhalb der Linie Dirschau-Güldenboden-Mohrungen-Alenstein-Ortelsburg-Soldau-Jablonow-Graudenz-Laskowitza-Dirschau nach den Stationen Langfuhr, Oliva, Zoppot, Proust, Gräfendorf-Pranofchin und Auhofe ermäßigte Ausnahmetarifsätze widerrussisch eingeführt. Dieser Tarif gilt nach den Anwendungsbedingungen nur für direkte Beziehe. Eine Neuauflage der in Danzig zu den Sätzen des Ausnahmetarifs C 1 eingegangenen Sendungen ist nach wie vor ausgeschlossen.

* [Von der Weichsel.] Nach dem heutigen amtlichen Rapport herrscht das Grundeinstreben fort, der Eisstand der Nogat reicht bis Wernersdorf (Ailom. 181) hinauf. Heutige Wasserstände: Bei Thorn 2.08, Fordon 2.26, Culm 2.22, Graudenz 2.78, Kurzedrack 3.18, Pieckel 3.04, Dirschau 3.30, Einlage 2.48, Schimenhorst 2.40, Marienburg 4.56, Wiedau 4.26, Wolfsdorf 3.88 Meter.

Bei Warschau beträgt heute der Wassersstand 4.55 Meter (gestern 4.66 Meter).

* [Danziger Röhderi-Aktiengesellschaft.] Gestern Nachmittag fand die fünfte ordentliche General-Versammlung der Danziger Röhderi-Aktiengesellschaft statt, welche von den Vertretern eines Aktienkapitals von 356 600 Mk. besucht war. Es wurde der Bericht des Vorstandes, die

das Feuer unter und hinter der Bühne ausgetragen sei. Die unter den Trümmern als Leiche aufgefundenen Schauspielerin Henriot hat vor kurzem den ersten Preis im Conservatorium errungen und gehörte dem Theater erst seit drei Monaten an. Wie natürlich festgestellt wurde, ist das Ankleidezimmer der Verunglüchten nicht verbrannt. Das junge Mädchen verlor beim Ausbruch des Feuers völlig den Kopf, eilte die Treppe hinauf, anstatt hinunter zu gehen und flüchtete in eine Loge, wo sie durch den Rauch erschlagen. Die Mutter der 19jährigen Henriot soll, als man ihr den Tod ihrer Tochter mitteilte, wahnsinnig geworden sein.

Gegen 4 Uhr Nachmittag kürzten die Treppen und Plafonds des Theaters frägäle ein. Um 5 Uhr war der Brand noch nicht gelöscht. Das dem Theater benachbarte Gebäude des Staatsrats ist vom Wasser überschwemmt. Der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau, der Justizminister Monis, der Oberstaatsanwalt Bernard sowie der Chef des Generalsekretariats des Präsidenten Loubet, General Bailloud, begaben sich nach der Unglücksstätte. Man glaubt, daß das Feuer von einem Kamin des Heizapparates ausgegangen ist und sich, da dieser voll Ruh war, schnell vom Parterre bis zum Dach ausbreite. Das Theater wird für völlig verloren gehalten und wird von Grund aus wieder neu erbaut werden müssen. Es heißt, daß innerhalb des Theaters de l'Odéon den Schauspielern des Théâtre français zur Verfügung gestellt werden soll, demnach diese ihre Vorstellungen nicht zu unterbrechen brauchen.

Paris, 9. März. Die gestrigen Abendblätter, die sich fast ausschließlich mit dem Brände des Théâtre français beschäftigen, loben die Un-

Jahresbilanz und die Gewinnvertheilung für das abgelaufene Geschäftsjahr genehmigt und dem Vorstand und dem Aussichtsrath auf Antrag der Revisoren die Entlastung ertheilt. Die Auszahlung einer sofort zahlbaren Dividende von 10 Proc. wurde beschlossen. Das ausscheidende Aussichtsratsmitglied Herr Hermann Laubmeyer wurde wiedergewählt und zu Revisoren wurden die Herren Conul Pahl, Max Domansky und William Alawitter bestellt.

* [Westpreußische Kleinbahnen-Aktiengesellschaft.] Das erste Geschäftsjahr der Gesellschaft läuft vom 20. Juli bis zum Schluss des Jahres 1899. Der Bau der Bahnen ist, wie der Rechenschaftsbericht hervorhebt, von der allgemeinen deutschen Kleinbahn-Gesellschaft, Aktiengesellschaft zu Berlin, übernommen und wurde sofort nach Gründung der Gesellschaft begonnen. Bei Erwerbung des für den Bau erforderlichen Grund und Bodens, welcher statutenmäßig durch den Kreis Marienburg zu erfolgen hat, ergaben sich, besonders in den Gemeinden Röthel und Sandhof, unvorhergesehene Schwierigkeiten, die zu größeren Linienverlegungen und dadurch zu erneuten Grunderwerbsverhandlungen und dadurch zu deren Folge das Enteignungsrecht nachgesucht werden mußte, welches auch ertheilt worden ist. Die Bauarbeiten wurden im ersten Geschäftsjahr in der Weise gefördert, daß der Bahnkörper auf der Linie Marienburg-Alsfeld-Stalle zwischen Königshof und Stalle, auf der Strecke Marienburg-Lindenau zwischen Tannsee und der Eisenbahn-Unterführung bei Röthel und auf der Strecke Marienburg-Schönau von Schönau bis nahezu 1 Kilom. vor der Dirschau-Marienburg Chaussee fertiggestellt wurde. Mit dem Bau der Strecke Liegenhof-Schöneberg und Liegenhof-Kreisgrenze in der Richtung nach Steeger wird in diesem Frühjahr begonnen werden, sobald der Grundvertrag erledigt ist. Mit dem Girombausen wurde ein Vertrag wegen Mitbenutzung der Nogatbrücke abgeschlossen. Auf dem Gewinn- und Verlust-Conto ergibt sich ein Gewinnsaldo von 6331 Mk.

* [Hygienische Reform.] Einen Uebelstand, der hygienisch wie mitunter auch ästhetisch recht bedenklich ist, will der hiesige Verein für Gesundheitspflege in durchaus förderndster Weise zu bekämpfen suchen: nämlich das Ansäßen und Verabreichen von Charkwaren mit den Händen in den Verkaufsläden. Zur Abwehr dieser Unfälle hat der Verein Anweisungen drucken lassen, die er den Ladeninhabern unentgeltlich abgibt.

* [Erweiterung des Rangirbahnhofes Saspe.] Seitens der Eisenbahnverwaltung ist eine bedeutende Erweiterung des Rangirbahnhofes Saspe (zwischen Neusottland und Brögen) noch in diesem Jahre in Aussicht genommen und zwar soll sich diese Erweiterung nicht nur auf die Gleisanlagen, sondern auch auf die Errichtung von Baulichkeiten erstrecken. Auf dem nach Neusottland wässer zu gelegenen Ende des Rangirbahnhofes soll neben dem Ueberwege, welcher nach dem Fort Brögen führt, ein Stations- und Abfertigungsgebäude errichtet werden, in welchem gleichzeitig auch ein besonderer Raum zum Aufenthalt für die Kaufleute vorgesehen ist. Für den künftig auf dem Rangirbahnhof ständig stationierten Stationsbeamten soll an dem am Ende des Bahnhofes befindlichen Ueberwege ein Dienstwohngebäude erbaut werden, während das jetzt vorhandene Bahnwärterhaus zum Abbruch kommt. Die Errichtung einer Drehscheibe und einer Gleismasse auf dem Bahnhofe ist gleichfalls beachtigt. Bereits vom 1. April d. Js. ob wird der Rangirbahnhof Saspe in eine selbstständige Haltestelle (Z

Um baldige Abänderung des Uebelstandes gerichtet, der sich durch das nun schon über ein Vierteljahr lange Zeiten der Uebe auf dem Bahnsteige für das Ortsangehörige wie für das auswärtige reisende Publikum ergeben hat. Eine Antwort ist hierauf noch nicht erfolgt. Die in einer der früheren Verhandlungen angeregte Pflichtstellung des sog. Polischen Ganges kann als unzureichend bezeichnet werden, da die Anfrage an die Polizeibehörde, wem die Zuständigkeit dieses Weges obliege, der Bescheid geworden ist, daß der Boltengang als eine öffentliche Strafe im Neufahrwasser nicht vorhanden sei. Die Unterhaltung dieses Privatweges ist also Sache der Anlieger. Eine 1½ stündige, recht lebhafte Debatte entspann sich dann über die für unseres Orts höchste dringende Regelung der Cloakenabfuhr. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Kaufmann Krupka, begründet in kurzen Ausführungen die dringende Notwendigkeit einer schnellen Abfuhr und Heilt mit, daß er mit Herrn Stadtverordneten Fischer bereits über die Sache gesprochen und mit diesem über die Möglichkeit berathen hat, wie eine Besserung der Verhältnisse während der Zwischenzeit bis zur Anlage einer geregelten Canalisation herbeizuführen sei. Im Interesse der Hausbesitzer würde es liegen, wenn der Magistrat die Abfuhr gegen einen von diesen zu zahlenden bestimmten Preis selbst übernehme. Herr Fischer bemerkt hierzu, daß er als Mitglied der Deputation keinesfalls Gelegenheit gefunden habe, sich davon zu überzeugen, wie in den letzten Jahren die Berathungen über Beseitigung dieses Uebelstandes stets in Fluss geblieben sind. Die Prüfung der verschiedenen Systeme erfordere aber oft mehr Zeit als vorausgesehen, und die Vorarbeiten für solche Unternehmungen seien recht groß. Das Bedürfniß sei auch vom Magistrat anerkannt, der Herr Oberbürgermeister hätte nach eigener Anschauung sich für die Notwendigkeit von Abänderungen ausgesprochen und niemand von den Mitgliedern der städtischen Behörden sei im Prinzip dagegen. Die Einwohnerzahl Neufahrwassers könnte also volles Vertrauen zu der Stadtverwaltung haben, ihre berechtigten Wünsche würden nicht unberücksichtigt bleiben. Jedoch müßte er vor einer schnellen Errichtung der Sache warnen, da so leicht ein zu heures Intermission eingeschlagen werden müsse, welches dann nur die beständige Canalisation noch hinauszchieben würde. Er bitte darum den Verein, vorläufig damit zufrieden zu sein, da die Arbeiten durchaus nicht ruhen. Nach eigener Information wolle der Magistrat Abfuhrwagen nebst Zubehör stellen, wenn nur jemand gefunden würde, der die Abfuhr übernehmen. Hierauf führt Herr Polizeicommissarius Rothe aus, daß die wiederholten Bitten und Beschwerden nur ein Notfall sei, der immer wieder an die dringende Notwendigkeit der Canalisation erinnern sollte. Für viele Hausbesitzer seien die Zustände in der That ganz unthalbar; die Kosten der Abfuhr betragen für einige Grundstücke monatlich 24, ja sogar 27 Mk. Das sind Kosten, die zu den Dienstserträgen in gar kein Verhältniß zu bringen sind und die Hausbesitzer ruinieren müssen. Redner sei gewiß für kein heures Provisorium, aber es müßten Zustände geschaffen werden, wobei die Hausbesitzer wenigstens bestehen können. Die Bürger von Neufahrwasser wollten durch ihre letzten Petitionen an den Magistrat und die Stadtverordneten nicht den Herrn Oberbürgermeister an seine Pflicht erinnern, wie dieses ausgesetzt worden sei, sie glaubten sicher, daß er die Gewissenhaft thue, aber die eiserne Notwendigkeit swinge sie, immer wieder von neuem vorzugehen, so lange keine Abfuhr geschaffen sei. Neufahrwasser habe jetzt ca. 9000 Einwohner; so wie bisher sei nicht mehr auszuhommen; die Polizeibehörde müsse die Ansicht gewinnen, daß ihre Verordnungen und Strafen unter solchen Umständen machtlos würden; es müsse deshalb ein Provisorium geschaffen werden, und zwar schnell. Herr Stadtverordneten Fischer kommt nun auf die Ansänge der ganzen Angelegenheit zu sprechen. Schon vor Jahren sei auf eine Petition des Bürgervereins ein von dem Herrn Gasanstaltsdirector Kunath im Auftrage der Stadt ein Aufstell der Kosten einer Canalisation von Neufahrwasser gemacht worden, wobei sich unter Berücksichtigung der Anlage einer eigenen Pumpstation die Summe von 500 000 Mk. ergab. Das erschien der Stadt zu teuer und man wollte ein Abfuhrsystem mit Saugwagen einführen. Doch auch dabei sollte die Stadt jährlich ca. 8000 Mk. zulegen, weshalb man wieder mehr zu den Vorberatungen für eine vollständige Canalisation zurückkehrte. Ein zu heures Provisorium müsse unter allen Umständen vermieden werden, weil man so große Kosten nicht wieder leicht über den Haufen werfen könnte und die Canalisation dadurch in weitere Ferne hinausgeschoben werde. Aus diesen Ausführungen meinte der Vereinsvorstande erheben zu müssen, daß die Bedürfnisfrage denn doch wohl nicht so allgemein als dringend anerkannt würde. Schon fünf Jahre lang beschäftigte sich der Bürgerverein ausgesetzt mit dieser in sanitärer und wirtschaftlicher Hinsicht gleich wichtigen Frage. Er habe Weber Kosten noch Mühe gescheut, in seinen Befreiungen vorwärts zu kommen. Der von dem Herrn Baurath Böttiger seiner Zeit auf Veranlassung des Vereins ausgearbeitete Canalisationsplan ergebe einen Kostenaufwand von ca. 400 000 Mk., welches in Bezug auf die Bedeutung Neufahrwassers als Dorf- und Hafenstadt Danzig gewiß nicht zu hoch sein dürfte. Damals habe der Verein bereits mit zwei benachbarten Hauseigentümern abkommen getroffen, wonach diese bereits waren, 100 Jahre lang ausreichende Ländereien für Ablagerung der Fäkalien anentgeltlich herzugeben. Gegen alleinige Gewährung der Anerkennung dieser Reiseleiter wollten sie diese Verpflichtungen sogar hypothekarisch eintragen lassen. An Deputationen und Petitionen habe es seitdem nicht gefehlt. Aber es sei während der ganzen fünf Jahre nichts weiter geschehen, als dann und wann Versprechungen und Vertrüglichungen gemacht worden. Einmal Sichtbares sei auch heute noch nicht da. Selbst die Vertreter Neufahrwassers seien bei den Verhandlungen über die Canalisation in der Stadtverordneten-Versammlung nicht energisch genug für die Interessen des Orts eingetreten. Und doch müsse Neufahrwasser, das als eigentlicher Hafen Danzigs in Bezug auf dessen Handel und Wandel die Lunge Danzigs genannt werden könne, in sanitärer Hinsicht ein Vorbild der ganzen Stadt sein. Wenn die Lunge erkranke, was bei der jetzigen Lage der Dinge im Falle einer Epidemie ohne Frage sei, so werde der ganze Körper in Mitleidenschaft gezogen. Welche unabsehbaren Folgen würde nicht schon eine teilweise Schließung des Hafens für Danzigs wirtschaftliche Stellung nach sich ziehen! Für Neufahrwasser sollte darum nichts zu teuer sein, um wenigstens ein Intermission, das der Stadt im ungünstigsten Falle einige Tausend Mark koste. Die Wichtigkeit der Sache erfordert ein viel energischeres Vorgehen bei der Schaffung einer Abfuhr, die durchaus dringend sei. Von Herrn Rothe wird noch ergänzend hinzugefügt, daß die provisorische Abfuhr sich der Heranziehung der Bevölkerung mit möglichen Beiträgen garnicht so thuerlich stellen könne. Es handele sich vor allem darum, mit dem Provisorium Ernst zu machen. Andere Mitglieder des Vereins weisen darauf hin, wie unsere Hauseigentümmer schon die ganze Zeit, während welcher die Danziger Bürger den Nutzen einer Canalisation haben, dieselben Abgaben hierzu gezahlt haben, wie diese dann noch die Abfuhr besonders bezahlt hätten. Sie würden gerne auch noch bis zur Durchführung der Canalisation diese Mehrabgaben leisten, aber sie müßten in angemessenes Verhältniß zu ihren Einkünften und Leistungen gebracht werden; unter den jetzigen Umständen kämen sie auf ganz unerschwingliche Steuern zu stehen. Herr Fischer und Herr de Jonge rechtfertigten darauf ihr Verhalten zur Canalisationsfrage, indem sie die Richtigkeit der Sache betonen und verneinten die Meinungsfrage, bejahten aber die Frage auf fahrlässigen Falschreib. Das Urteil lautete auf 2 Monat auf 6 Monat Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monat auf die Untersuchungshaft.

haben sie geglaubt, dem Orte zu dienen; im übrigen würden sie nach wie vor bestrebt sein, die Interessen der Vorstadt und besonders die Beschleunigung der Abfuhr bei der Cloakenabfuhr nach Kräften zu vertreten. Einstimmig gelangt sodann folgender Antrag des Herrn de Jonge zur Annahme:

„Die versammelten Bürger Neufahrwassers ersuchen Herrn Stadtverordneten Fischer in seiner Eigenschaft als Mitglied des Bürgervereins, der Stadtverordnetenversammlung und der Deputation dem Magistrat eine Petition zu überreichen, in welcher derselbe gebeten wird, eine geregelte Abfuhr der Kloaken in Neufahrwasser gegen eine Zahlung von 2 Mk. für den Kubikmeter zu übernehmen.“

* [Personation bei der Justiz.] Der Rechtsanwalt Hahn in Carthaus ist zum Notar daseinst, der Gerichtsassessor Paesler zum Staatsanwalt bei dem Landgericht in Elbing, der Referendar Kreitshmar aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Marienwerder zum Gerichtsassessor ernannt worden.

* [Prüfung zu Strombauarten.] Bei der gestern beendeten Prüfung der Strombauarten für den Strombaubezirk der Weichsel und Nogat haben der Strommeister Ditschowitz aus Thorn und Strommeisterhülfe Geissler aus Schulz das Examen bestanden.

* [Abiturientenprüfung.] Im Realgymnasium zu St. Johann fand heute unter dem Vorsitz des Herrn Geh. Regierungs- und Provinzialschulrates Dr. Krause die Reifeprüfung statt. Es bestanden die Oberprimaner: Albrecht, Buchholz, Hoppe, Klempnauer, Poewe, Schellwien.

* [Reiseprüfung.] An der Realchule zu St. Petri fand heute unter dem Vorsitz des kgl. Provinzial-Schulrates Herrn Geheimrat Dr. Kruft die Reiseprüfung in Untersecunda statt. Es bestanden: Böje, Böhnhke, Clemens, Zielinski, Ebeling, Hoffmann, Karsten, Karl Krüger, Max Krüger, Kunath, Lange, Lehmann, Lüll, Maks, Mech, Pöhl, Poels, Pöhlig, Reuter, Schüle, Siebenfreund, Siemann, Behlom, Zube.

* [Die Danziger Tagameter-Fuhrgesellschaft R. G. Rosson u. Co.] ist von dem Ergebnis des Geschäftes in ersten Betriebsjahr recht befriedigt. Die Bilanz stellt sich nach erfolgten erheblichen Abschreibungen günstig. Sowohl die Tagameterdrohschen auf den Standplätzen wie auch besonders das Equipagengespann sind vom Publikum lebhaft benutzt worden. Trotz mancher Schwierigkeit — Mangel an tüchtigen Pferdepliegern und Wagenführern vornehmlich im Anfang des vorigen Jahres, ungünstige Jahrbahn im letzten Winter u. s. w. — ist die Abnutzung des Materials erheblich geringer gewesen, als von vornherein dafür veranschlagt war. Von den Pferden ist im Laufe des Jahres nur eins in Folge Unfalls eingegangen. Für das neue Jahr ist die Vergrößerung des gesamten Fuhrparks geplant, und zwar werden vorerst fünf weitere Tagameterdrohschen, für die die polizeiliche Genehmigung bereits ertheilt ist, in Betrieb gesetzt und das Equipagengespann erheblich vermehrt. Neue Stallungen für vorläufig weitere 15 Pferde sind bereits fertiggestellt.

* [Feuer.] In dem Hause I. Damm Nr. 2 war heute Vormittag durch zu starke Heizung eine Wandverschalung in Brand gerathen. Durch die sofort hinzugekommene Feuerwehr konnte das unbedeutende Feuer sehr bald gelöscht werden.

* [Schwurgericht.] Bei Gründung der heutigen Sitzung, der letzten in dieser Periode, richtete der Vorsitzende, Herr Landgerichtsdirector Schulz zuerst einige Worte des Dankes und der Anerkennung an die Geschworenen für ihre Thätigkeit im Dienste der Justiz. Von den beiden heute zur Verhandlung anstehenden Strafsachen gelangte zuerst diejenige gegen die frühere Gebannte Wittwe Marie Bölk von hier wegen wissentlichen Meineides zur Aburtheilung. Es ist dies dieselbe Sache, die am 22. Februar d. J. die Grafsammer I des hiesigen Landgerichts beschäftigt hat und über die wir damals berichtet haben. Die Anklage gegen die Bölk lautete zuerst nur auf fahrlässigen Faltscheid. Bei der Verhandlung vor der Grafsammer kam das Gericht jedoch zu der Ansicht, daß es sich um einen wissentlichen Meineid handelt und verwies die Sache an das Schwurgericht. Die Angeklagte, 63 Jahre alt, bestreite das ihr zur Last gelegte Verbrechen. Aus der Verhandlung geht hervor, daß sie sich im Frühjahr v. Js. einer Privatbeleidigung schuldig gemacht hatte und dafür zu 50 Mk. Geldstrafe verurtheilt war. Strafe und Gerichtskosten wurden von ihr bezahlt; sie weigerte sich aber, die der Privatklägerin entstandenen außergerichtlichen Kosten in Höhe von 79,80 Mk. zu deren Entfernung habe sie große anderweitige Lasten. Die Provinzial-Verwaltung habe die Wünsche der Stadt auch bereits durch einmalige Unterstüzung theilweise anerkannt. — Abg. Müller-D. Krone ergänzt durch einige weitere Ausführungen die Petition. 3000 Mk. wären doch etwas weniger im Vergleich dazu, was andere Provinzen viel leistungsfähigeren Gemeinden gegenüber thäten. — Abg. Albrecht-Pöhlig widerspricht der Billigung in Rücksicht auf die finanzielle Lage der Provinz. — Bei der Abstimmung wird der Antrag der Commission angenommen. Abg. Schulte-Heuthaus referiert weiter in Vertretung des Abg. Plehn über die Petition 3, dieselbe wird ohne weitere Debatte angenommen. — Derselbe Abgeordnete begründet sodann auch den letzten Antrag (Regelung der Pensionsverhältnisse). Dieser wird deutselos angenommen, ebenso die Abänderung des Reglements für die westpreußische Provinzial-Wittwen- und Waisenkasse.

Nach dem Beschuß der Pensionsverhältnisse der bereits angestellten oberen Beamten der Provinzial-Verwaltung nach den im § 65 der Städteordnung in Verbindung mit § 14 des Gesetzes betreffend die Anstellung und Versorgung der Communalbeamten vom 30. Juli 1899 für die Pensionierung der Magistratsmitglieder getroffenen Bestimmungen, sowie

5) den Antrag auf Abänderung der §§ 19 und 36 des Reglements für die westpreuß. Provinzial-Wittwen- und Waisenkasse, anzunehmen.

Abg. Schulte-Heuthaus-D. Krone erläutert und beschwört die erste Petition. Die außerordentlichen Gerichtskosten betragen 230,88 Mk.; deren Erstattung wäre empfehlenswert. Der Petition wird ohne Discussion Folge gegeben.

Abg. Röhrig-Wyschek begründet die Angemessenheit der Petition des Magistrats D. Krone. Der Stadt erwünschen durch die Baugemeinschaft die außerordentlich hohen Kosten von 18 200 Mk. pro Jahr. Die Stadt bringt schon 200 Proc. Zuschlag zur Staatssteuer und 175 Proc. zur Gebäude- und Grundsteuer auf. Außerdem habe sie große anderweitige Lasten. Die Provinzial-Verwaltung habe die Wünsche der Stadt auch bereits durch einmalige Unterstüzung theilweise anerkannt. — Abg. Müller-D. Krone ergänzt durch einige weitere Ausführungen die Petition. 3000 Mk. wären doch etwas weniger im Vergleich dazu, was andere Provinzen viel leistungsfähigeren Gemeinden gegenüber thäten. — Abg. Albrecht-Pöhlig widerspricht der Billigung in Rücksicht auf die finanzielle Lage der Provinz. — Bei der Abstimmung wird der Antrag der Commission angenommen. Abg. Schulte-Heuthaus referiert weiter in Vertretung des Abg. Plehn über die Petition 3, dieselbe wird ohne weitere Debatte angenommen. — Derselbe Abgeordnete begründet sodann auch den letzten Antrag (Regelung der Pensionsverhältnisse). Dieser wird deutselos angenommen, ebenso die Abänderung des Reglements für die westpreußische Provinzial-Wittwen- und Waisenkasse.

Nach dem Beschuß der Pensionsverhältnisse der bereits angestellten oberen Beamten der Provinzial-Verwaltung nach den im § 65 der Städteordnung in Verbindung mit § 14 des Gesetzes betreffend die Anstellung und Versorgung der Communalbeamten vom 30. Juli 1899 für die Pensionierung der Magistratsmitglieder getroffenen Bestimmungen, sowie

5) den Antrag auf Abänderung der §§ 19 und 36 des Reglements für die westpreuß. Provinzial-Wittwen- und Waisenkasse, anzunehmen.

Abg. Schulte-Heuthaus-D. Krone erläutert und beschwört die erste Petition. Die außerordentlichen Gerichtskosten betragen 230,88 Mk.; deren Erstattung wäre empfehlenswert. Der Petition wird ohne Discussion Folge gegeben.

Abg. Röhrig-Wyschek begründet die Angemessenheit der Petition des Magistrats D. Krone. Der Stadt erwünschen durch die Baugemeinschaft die außerordentlich hohen Kosten von 18 200 Mk. pro Jahr. Die Stadt bringt schon 200 Proc. Zuschlag zur Staatssteuer und 175 Proc. zur Gebäude- und Grundsteuer auf. Außerdem habe sie große anderweitige Lasten. Die Provinzial-Verwaltung habe die Wünsche der Stadt auch bereits durch einmalige Unterstüzung theilweise anerkannt. — Abg. Müller-D. Krone ergänzt durch einige weitere Ausführungen die Petition. 3000 Mk. wären doch etwas weniger im Vergleich dazu, was andere Provinzen viel leistungsfähigeren Gemeinden gegenüber thäten. — Abg. Albrecht-Pöhlig widerspricht der Billigung in Rücksicht auf die finanzielle Lage der Provinz. — Bei der Abstimmung wird der Antrag der Commission angenommen. Abg. Schulte-Heuthaus referiert weiter in Vertretung des Abg. Plehn über die Petition 3, dieselbe wird ohne weitere Debatte angenommen. — Derselbe Abgeordnete begründet sodann auch den letzten Antrag (Regelung der Pensionsverhältnisse). Dieser wird deutselos angenommen, ebenso die Abänderung des Reglements für die westpreußische Provinzial-Wittwen- und Waisenkasse.

Nach dem Beschuß der Pensionsverhältnisse der bereits angestellten oberen Beamten der Provinzial-Verwaltung nach den im § 65 der Städteordnung in Verbindung mit § 14 des Gesetzes betreffend die Anstellung und Versorgung der Communalbeamten vom 30. Juli 1899 für die Pensionierung der Magistratsmitglieder getroffenen Bestimmungen, sowie

5) den Antrag auf Abänderung der §§ 19 und 36 des Reglements für die westpreuß. Provinzial-Wittwen- und Waisenkasse, anzunehmen.

Abg. Schulte-Heuthaus-D. Krone erläutert und beschwört die erste Petition. Die außerordentlichen Gerichtskosten betragen 230,88 Mk.; deren Erstattung wäre empfehlenswert. Der Petition wird ohne Discussion Folge gegeben.

Abg. Röhrig-Wyschek begründet die Angemessenheit der Petition des Magistrats D. Krone. Der Stadt erwünschen durch die Baugemeinschaft die außerordentlich hohen Kosten von 18 200 Mk. pro Jahr. Die Stadt bringt schon 200 Proc. Zuschlag zur Staatssteuer und 175 Proc. zur Gebäude- und Grundsteuer auf. Außerdem habe sie große anderweitige Lasten. Die Provinzial-Verwaltung habe die Wünsche der Stadt auch bereits durch einmalige Unterstüzung theilweise anerkannt. — Abg. Müller-D. Krone ergänzt durch einige weitere Ausführungen die Petition. 3000 Mk. wären doch etwas weniger im Vergleich dazu, was andere Provinzen viel leistungsfähigeren Gemeinden gegenüber thäten. — Abg. Albrecht-Pöhlig widerspricht der Billigung in Rücksicht auf die finanzielle Lage der Provinz. — Bei der Abstimmung wird der Antrag der Commission angenommen. Abg. Schulte-Heuthaus referiert weiter in Vertretung des Abg. Plehn über die Petition 3, dieselbe wird ohne weitere Debatte angenommen. — Derselbe Abgeordnete begründet sodann auch den letzten Antrag (Regelung der Pensionsverhältnisse). Dieser wird deutselos angenommen, ebenso die Abänderung des Reglements für die westpreußische Provinzial-Wittwen- und Waisenkasse.

Nach dem Beschuß der Pensionsverhältnisse der bereits angestellten oberen Beamten der Provinzial-Verwaltung nach den im § 65 der Städteordnung in Verbindung mit § 14 des Gesetzes betreffend die Anstellung und Versorgung der Communalbeamten vom 30. Juli 1899 für die Pensionierung der Magistratsmitglieder getroffenen Bestimmungen, sowie

5) den Antrag auf Abänderung der §§ 19 und 36 des Reglements für die westpreuß. Provinzial-Wittwen- und Waisenkasse, anzunehmen.

Abg. Schulte-Heuthaus-D. Krone erläutert und beschwört die erste Petition. Die außerordentlichen Gerichtskosten betragen 230,88 Mk.; deren Erstattung wäre empfehlenswert. Der Petition wird ohne Discussion Folge gegeben.

Abg. Röhrig-Wyschek begründet die Angemessenheit der Petition des Magistrats D. Krone. Der Stadt erwünschen durch die Baugemeinschaft die außerordentlich hohen Kosten von 18 200 Mk. pro Jahr. Die Stadt bringt schon 200 Proc. Zuschlag zur Staatssteuer und 175 Proc. zur Gebäude- und Grundsteuer auf. Außerdem habe sie große anderweitige Lasten. Die Provinzial-Verwaltung habe die Wünsche der Stadt auch bereits durch einmalige Unterstüzung theilweise anerkannt. — Abg. Müller-D. Krone ergänzt durch einige weitere Ausführungen die Petition. 3000 Mk. wären doch etwas weniger im Vergleich dazu, was andere Provinzen viel leistungsfähigeren Gemeinden gegenüber thäten. — Abg. Albrecht-Pöhlig widerspricht der Billigung in Rücksicht auf die finanzielle Lage der Provinz. — Bei der Abstimmung wird der Antrag der Commission angenommen. Abg. Schulte-Heuthaus referiert weiter in Vertretung des Abg. Plehn über die Petition 3, dieselbe wird ohne weitere Debatte angenommen. — Derselbe Abgeordnete begründet sodann auch den letzten Antrag (Regelung der Pensionsverhältnisse). Dieser wird deutselos angenommen, ebenso die Abänderung des Reglements für die westpreußische Provinzial-Wittwen- und Waisenkasse.

Nach dem Beschuß der Pensionsverhältnisse der bereits angestellten oberen Beamten der Provinzial-Verwaltung nach den im § 65 der Städteordnung in Verbindung mit § 14 des Gesetzes betreffend die Anstellung und Versorgung der Communalbeamten vom 30. Juli 1899 für die Pensionierung der Magistratsmitglieder getroffenen Bestimmungen, sowie

5) den Antrag auf Abänderung der §§ 19 und 36 des Reglements für die westpreuß. Provinzial-Wittwen- und Waisenkasse, anzunehmen.

Abg. Schulte-Heuthaus-D. Krone erläutert und beschwört die erste Petition. Die außerordentlichen Gerichtskosten betragen 230,88 Mk.; deren Erstattung wäre empfehlenswert. Der Petition wird ohne Discussion Folge gegeben.

Abg. Röhrig-Wyschek begründet die Angemessenheit der Petition des Magistrats D. Krone. Der Stadt erwünschen durch die Baugemeinschaft die außerordentlich hohen Kosten von 18 200 Mk. pro Jahr. Die Stadt bringt schon 200 Proc. Zuschlag zur Staatssteuer und 175 Proc. zur Gebäude- und Grundsteuer auf. Außerdem habe sie große anderweitige Lasten. Die Provinzial-Verwaltung habe die Wünsche der Stadt auch bereits durch einmalige Unterstüzung theilweise anerkannt. — Abg. Müller-D. Krone ergänzt durch einige weitere Ausführungen die Petition. 3000 Mk. wären doch etwas weniger im Vergleich dazu, was andere Provinzen viel leistungsfähigeren Gemeinden gegenüber thäten. — Abg. Albrecht-Pöhlig widerspricht der Billigung in Rücksicht auf die finanzielle Lage der Provinz. — Bei der Abstimmung wird der Antrag der Commission angenommen. Abg. Schulte-Heuthaus referiert weiter in Vertretung des Abg. Plehn über die Petition 3, dieselbe wird ohne weitere Debatte angenommen. — Derselbe Abgeordnete begründet sodann auch den letzten Antrag (Regelung der Pensionsverhältnisse). Dieser wird deutselos angenommen, ebenso die Abänderung des Reglements für die westpreußische Provinzial-Wittwen- und Waisenkasse.

Nach dem Beschuß der Pensionsverhältnisse der bereits angestellten oberen Beamten der Provinzial-Verwaltung nach den im § 65 der Städteordnung in Verbindung mit § 14 des Gesetzes betreffend die Anstellung und Versorgung der Comm

Kennzeichnung.

In unser Genossen Handelsregister ist heute unter Nr. 1 die Gesellschaft in Firma "Bröbberauer Spar- und Darlehns-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung" eingetragen worden:

Gegenstand des Unternehmens ist die Hebung der Wirtschaft und des Erwerbes der Mitglieder und Durchführung aller zur Verbreitung dieses Zwecks geeigneten Maßnahmen, insbesondere: vortheilhafte Belebung der wirtschaftlichen Betriebsmittel und Gültiger Abzug der Wirtschaftsergebnisse.

Der Vorstand besteht aus:

1. Vorster Stabie, zugleich als Vereinsvorsteher,
2. Besther Friederick Höhlmann, zugleich Vertreter des Vereinsvorsteher,
3. Besther August Bahle, sämtlich zu Bröbberau.
4. Amtsbesther Otto Wicht zu Rahlberg.
5. Besther Friederick Bruch zu Lipp.

Das Statut lautet vom 17. Februar 1900. Bekanntmachungen erfolgen unter der Firma der Genossenschaft im neuwieder Landwirtschaftlichen Genossenschaftsblatt. Willenserklärungen des Vorstandes erfolgen durch mindestens 3 Vorstandsmitglieder, unter denen sich der Vereinsvorsteher oder dessen Stellvertreter befinden muß.

Eintrag der Liste der Genossen ist während der Dienststunden Jedermann in der Gerichtsschreiberei gestaltet.

Danzig, den 3. März 1900.

(3080)

Kennzeichnung.

Die Herren Mitglieder des Westpreußischen Vereins zur Bekämpfung der Wanderbetriebe werden zu einer am

Freitag, den 30. März cr., Vormittags 11 Uhr, in den Räumen des Oberpräsidiums zu Danzig stattfindenden Generalversammlung ergeben eingeladen.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht über die Thätigkeit des Vereins,
2. Prüfung und Entlastung der vom Schatzmeister gelegten Jahres-Rechnung für 1898/99,
3. Wahlen der von dem örtlichen Vorstande der Arbeiter-Colonie Hilmarsdorf aufgestellten Jahres-Rechnung für 1898/99,
4. Ergänzungswahlen für die statutenmäßig auszuhaltenden Mitglieder des Vorstandes (§ 7 bzw. 13 a des Statuts),
5. Geschäftliches.

Danzig, den 28. Februar 1900.

Der Vorstand des Vorstandes des Westpreußischen Vereins zur Bekämpfung der Wanderbetriebe, Oberpräsident, Staatsminister, von Gossler.

(3022)

In unser Handelsregister A ist unter Nr. 23 die Firma Hugo Werminghoff und als Inhaber der Hotelbesitzer Hugo Werminghoff in Soppot heute eingetragen.

Soppot, den 5. März 1900.

Königliches Amtsgericht.

In unser Handelsregister A ist unter Nr. 24 die Firma Carl Huppenschmitt und als Inhaber der Bauunternehmer Carl Huppenschmitt in Soppot heute eingetragen.

Soppot, den 5. März 1900.

Königliches Amtsgericht.

Mit Gültigkeit vom 15. März neuen Gesetzes d. J. wird zum Ausnahmetarif 24 für die Beförderung von Holz von russischen Städten über Illyria nach Danzig und Neufahrwasser der Nachtrag I eingeführt. Durch den Nachtrag, welcher bei den bezeichneten russischen Güterbeförderungsgestellen und bei unserem Tarifbüro haben soll, werden verschiedene russische Stationen in den direkten Verkehr einbezogen.

Danzig, am 8. März 1900.

Die Direction der Marienburg-Märkische Eisenbahn als geschäftsführende Verwaltung.

Concursverfahren.

Das Concursverfahren über das Vermögen der Handelsfrau Louise Heldt geb. Blumenthal in Danzig, Johannisgasse 44/45, wird nach erfolgter Abhaltung des Schlusstermins hierdurch aufgehoben.

Danzig, den 3. März 1900.

Königliches Amtsgericht 11.

Auf Antrag des Teillamentenolltreckers des hier am 17. Oktober v. J. verstorbenen Herrn Rentiers Marcus Goldstein soll das zu seinem Nachlass gehörige Grundstück

Brodbänkengasse Nr. 25

in einer katastrophaligen Größe von 3 a 09 qm am Montag, den 12. März d. J.,

Nachmittags 3 Uhr,

In meinem Bureau, Brodbänkengasse Nr. 29, I. versteigert werden.

Ein das Grundstück betreffender neuerster Auszug aus der Grundsteuermutterrolle und der Gebäudesteuerrolle und eine beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts liegen zur Einsicht für jeden während der Beraatung bereit.

Wegen Besichtigung des Grundstücks wolle man sich an Herrn A. Hofer bei der Firma A. Ulrich hier, Brodbänkengasse Nr. 18, wenden.

Danzig, den 5. März 1900.

Syring,

Notar.

Concurs-Auction Gutsherrberge 37.

Sonnabend, den 10. März d. J., Nachmittags 4 Uhr, werde ich am oben angegebenen Orte im Auftrage des Hrn. Concursverwalters Georg Lorwein hier selbst für Rechnung der Weinowski'schen Concursmasse

1 Gitarre - Bisher, 1 eisernen Kohlendämpfer, 1 Dezimalwaage mit Gewichten, 1 Waagebalzen nebst Schalen.

Öffentlich gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Janke, Gerichtsvollzieher.

Marienburger Ziegelei und Thonwarenfabrik.

Action-Gesellschaft.

Die Herren Actionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch zur achtundzwanzigsten ordentlichen Generalversammlung

Montag, den 26. März cr., Nachmittags 4 Uhr, ins Hotel Deutsches Haus zu Marienburg ergeben eingeladen.

Diejenigen Herren Actionäre, welche sich bei der Generalversammlung beteiligen und ihr Stimmrecht ausüben wollen, haben nach § 21 u. 23 des Statuts ihre Actien entweder bei der Gesellschafts-Kasse zu Schloß Ralhoff oder bei der Marienburger Privat-Bank D. Martens in Marienburg oder bei der Norddeutschen Creditbank in Danzig oder bei den Herren F. Boehm & Co., Danzig, Milchkanngasse 28/29, zu deponieren und dagegen einen Depostitentein nebst Stimmkarte in Empfang zu nehmen.

Tagesordnung:

1. Geschäfts-Bericht und Vorlesung der Bilanz pro 1899.
2. Bericht der Revisoren über Prüfung der Bilan; eventl. Erhebung der Decharge.
3. Wahl eines Mitgliedes des Aufsichtsraths.
4. Wahl von 3 Revisoren pro 1900.
5. Beratung und Beschlussfassung über Änderung des Statuts gemäß dem neuen Handelsgeich.

Bilanz und Geschäftsbericht pro 1899 liegen vom 9. März cr. in dem Geschäftsstokate der Gesellschaft in Schloß Ralhoff zur Einsicht der Herren Actionäre aus.

Schloß Ralhoff bei Marienburg Westpr., den 5. März 1900.

Der Aufsichtsrath.

Der Vorstand.

Zimmermann, Rud. Woelke, A. Wittstock, Bauer.

Möbel, Spiegel, Polstermöbel

aller Art in verschiedenen Preisen, darunter: Paradebettgestelle compl. von 45 M. elec. Büffets, echt Aufbaum, von 120 M. an u. s. w.

Ganz Aussteuern bei besonders billiger Preisstellung empfiehlt die

Möbelfabrik Brodbänkengasse 38

vis-à-vis der Altenkirchegasse.

Sicherer Kunden-Credit. Transport gratis.

Nicht vorhandenes wird laut Zeichnung angefertigt.

Erstes Gesinde-Comtoir

von Pauline Usswaldt, 1. Damm 15.

Gegründet 1879.

Empfehlung von gleich und April Hotel-Landwirthin, Kinder-gärtnerin, Süßen, Ladenmädchen, Büffelmädchen für Bahnhoft-Restaurants und Baderäume, Ladenmädchen, tüchtige Dienstmädchen vom Lande, für Danzig u. außerhalb, auch einige gewandte Geschäftsführer, Büffelmädchen mit Caution bis 1000 M., Bierjäger, Haus-biere, Autischer, Portiers, Hausknedle, die mit Vierden umzugehen verstehen, für Stadt und Land, auch Laufburschen.

Vom April befindet sich mein Comtoir heil. Geitgasse 106,

partiere, neben dem Gesellschaftshause.

Die praktischste Familien-Zeitschrift ist die

Deutsche Moden-Zeitung.

Preis vierteljährlich nur 1.50 Mk.

Monatlich 4 Nummern (8 Blätter).

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten.

Man verlange per Postkarte gratis eine Probenummer "Geschäftsstelle der Deutschen Moden-Zeitung in Leipzig".

Exportschlachterei u. Schmalz-Raffinerie A.-G.

Hamburg 4, Pinnasberg 74-75

empfiehlt ihre beliebten u. anerkannt vorzüglichen

Schmalz-Fabriken allerfeinster Qual.

Marke „KREUZ“ und „IMPERIAL“

nicht zu verwechseln mit amerikanischen Marken,

in garantirt reiner, ungebleichter, weißer, stets

frischer Ware.

Tüchtige eingeführte Vertreter gesucht.

Soeben erschien die Jahrhundertwende-No.,

1900 No. 1 die erste Nummer des fünften Jahrganges der

Wochenschrift „Jugend“.

MÜNCHNER

Jugend

30 Pf.

Einladung zum Abonnement!

8 Monate Mk. 8.—, unter Kreuzband Mk. 4.50

Nach dem Ausland Mk. 5.—

Probenummern — Abonnements in allen Buchhandlungen und durch den unterzeichneten Verlag.

G. Hirth's Verlag.

*

Neueste Konstruktionen.

Patent-Schnellroster „Probafit“, selbst-tionierend, unter steter Ventilation mittelst Exhauster, dunstfrei rostend und dunstfrei kühlend.

Patent-Kugel-Schnellroster & Haubdruck.

Emmericher Kaffeebrenner

Dunstfreie Patent-Kugelbrenner mit Exhauster-kühlung.

Patent-Gas-Kaffeebrenner in Größen von 1/2, 1/4, 1/3, 1 bis 40 kg. Hand- und Maschinenzubehör.

Langjährige, bekannte Spezialität: Kugel-Kaffeebrenner in Größen von 3, 5, 8, bis 100 kg Inhalt.

Über 40.000 Stück geliefert.

Leistungsfähige Mühlen für Kaffee, Gewürze, Drogen u. a. w.

Emmericher Maschinenfabrik und Eisengiesserei, Emmerich.

Aeltestes Organ.

Zoppoter Anzeiger

und Olivaer Nachrichten

mit

Kurliste, Wohnungs-Anzeiger sowie ähnlichen

Bekanntmachungen.

Erscheint wöchentlich 2 mal, am Mittwoch und Sonnabend,

und kostet vierteljährlich mit Botenlohn

75 Pfennig.

Abonnements und Inserate werden entgegengenommen

in Zoppot

bei Herrn Bromberg Ecke See- und Nordstraße.

in Oliva bei Herrn Schubert, Küllner Chaussee 15.

in Danzig bei der Expedition der "Danziger Zeitung" Kettwigerstraße 4.

Die praktischste Familien-Zeitschrift ist die

Deutsche Moden-Zeitung.

Preis vierteljährlich nur 1.50 Mk.

Monatlich 4 Nummern (8 Blätter).

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten.

General Betriebs Conto

Bilanz 22 880 69

Kursverlust bei Verkauf 2 440

Reiseverlust 39 792 37

Referenzkonto 12 272 85

Zantidem Konto 21 635 37

Gewinnanteile laut Gesellschaftsvertrag und Verträgen 83 180

Dividenden Conto 1899 5 638 45

Bilanz Conto 187 839 53

Danziger Rhederei Aktiengesellschaft.

Gewinn und Verlust Rechnung.